

FREIBERUFLER-TICKER vom 30. Januar 2026

1. Bundeskabinett beschließt Jahreswirtschaftsbericht 2026

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 28. Januar 2026 den Jahreswirtschaftsbericht „Investitionen und Reformen für Wachstum und Resilienz“. Darin werden die Freien Berufe nicht adressiert. Dem Bericht zufolge ist die deutsche Wirtschaft 2025 um 0,2 Prozent gewachsen, für 2026 geht die Bundesregierung von einem Wachstum von einem Prozent aus, im Herbst war sie noch von 1,3 Prozent ausgegangen. Der Bericht macht deutlich, dass die derzeitigen Wachstumsimpulse weniger aus einer breiten wirtschaftlichen Dynamik, sondern vor allem aus staatlichen Investitionen in die Infrastruktur resultieren. Zwar verweist der Bericht darauf, dass die Zahl der Erwerbstätigen mit 46,2 Millionen auf einem historisch hohen Niveau liegt, zugleich aber zeigt er, dass die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um 101.000 Personen zugenommen hat. Die Verbraucherpreise dürften laut Ausblick rund 2,1 Prozent und damit etwas geringer zunehmen als in den Vorjahren. Im Jahresdurchschnitt 2025 lag die Inflationsrate bei 2,2 Prozent. Benannt werden sechs zentrale Handlungsfelder: (1) Investitionen, (2) niedrigere Energiepreise, (3) Bürokratieabbau, (4) Fachkräftesicherung, (5) beschleunigte Digitalisierung sowie (6) Förderung von Innovationen und des Strukturwandels.

2. Bericht der Sozialstaatskommission

Der Sozialstaat soll einfacher, effizienter und digitaler werden, so die Empfehlungen der Sozialstaatskommission, deren [Bericht](#) am 27. Januar 2026 an Bärbel Bas (SPD), Bundesministerin für Arbeit und Soziales, übergeben wurde. Für Bezieherinnen und Bezieher staatlicher Leistungen schlägt die Kommission höhere finanzielle Anreize vor, Vollzeit zu arbeiten. Die vertretenen Ministerien, Länder und kommunalen Spitzenverbände wollen ein einheitliches Leistungssystem, eine zentrale Plattform, als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie mehr Pauschalierungen. Weitere Maßnahmen, die die Kommission präferiert: die Zusammenlegung von Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag, wobei letztes automatisch und ohne vorherigen Antrag ausgezahlt werden soll, vollzogen in einer „möglichst einheitlichen Verwaltung“. Die 26 Vorschläge, die teilweise eine Grundgesetzänderung erfordern würden, stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die Vorschläge wurden aus Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet, wobei acht Bundesministerien, die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sowie kommunale Spitzenverbände wie der Städtetag beteiligt waren. Federführend war das Bundesarbeitsministerium unter Ministerin Bärbel Bas. Als „schnell umsetzbar“ werden die Bereiche Digitalisierung und Rechtsvereinfachung eingeschätzt. Für eine Strukturreform der drei Sozialleistungen sollen die zuständigen Bundesministerien mit den Ländern innerhalb von sechs Monaten ein Detailkonzept vorlegen. Danach ist das Gesetzgebungsverfahren vorgesehen, welches, zusammen mit der Reform der Einkommensanrechnung, „möglichst bis Jahresende 2027 abgeschlossen werden“ soll.

3. KOM bittet um Rückmeldungen zur „Whistleblower-Richtlinie“

Nach Artikel 27 Absatz 3 der Richtlinie über den Schutz von Hinweisgebern ([„Whistleblower-Richtlinie“](#)) muss die Europäische Kommission (KOM) dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die bisherige Umsetzung vorlegen. Dieser Bericht ist für das vierte Quartal 2026 vorgesehen. Darin soll bewertet werden, ob die Vorschriften wie geplant funktionieren, und es wird geprüft, ob zusätzliche Maßnahmen oder Änderungen erforderlich sind. Anlässlich dessen hat die EU-Kommission vor wenigen Tagen eine [öffentliche Konsultation](#) gestartet. Bis zum 22. April 2026 steht diese für Rückmeldungen offen.

4. Studie der KfW zu Effekten des Staatskonsums auf Investitionen

Am 28. Januar 2026 [veröffentlichte](#) die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Studie zu den Effekten des Staatskonsums auf Investitionen: In Deutschland stieg der Staatskonsum in den letzten Jahren kräftig an, während die privaten Investitionen deutlich zurückgingen, was oft als Verdrängungseffekt interpretiert wird. Die Analyse zeigt aber, dass der Anstieg des Staatskonsums im internationalen Vergleich nicht außergewöhnlich hoch war und keine klare negative Korrelation zu den Investitionen besteht. Vielmehr wurde der Staatskonsum vor allem durch höhere Ausgaben für Gesundheit, soziale Sicherung und Bildung getrieben, etwa als Folge der Pandemie und demografischer Herausforderungen. Die schwache Entwicklung der privaten Investitionen ist laut Studie stärker durch strukturelle und konjunkturelle Faktoren zu erklären, etwa die Energiekrise 2022, geldpolitische Straffung und verschlechterte Rahmenbedingungen für Unternehmen. Trotzdem bleibt der anhaltend hohe Staatskonsum eine Herausforderung für die Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren, auch wenn ein direkter Verdrängungseffekt laut der Autorinnen und Autoren bisher nicht eindeutig belegt ist.

5. Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft

Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft sind 2024 auf 213,3 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einem Plus von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Angesichts einer Inflationsrate von 3,1 Prozent bedeutet dies einen leichten realen Zuwachs. Die Innovationsplanung für die kommenden Jahre bleibt auf einem konstanten Niveau, wie der neue Bericht zur Innovationserhebung 2025 des ZEW Mannheim im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt zeigt, der am 27. Januar 2026 [veröffentlicht](#) wurde. Wie in den Vorjahren setzt sich die Verschiebung der Innovationstätigkeit hin zu den Dienstleistungen fort. Der Dienstleistungssektor verzeichnet mit einem Plus von 8,3 Prozent ein deutlich stärkeres Wachstum als die Industrie mit 3,5 Prozent. Trotz dieses Unterschieds liegen die Innovationsausgaben der Industrie mit 150,1 Milliarden Euro weiterhin mehr als doppelt so hoch wie jene der Dienstleistungen (63,1 Milliarden Euro). Den größten Anteil an den Innovationsausgaben tragen Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten, die 2024 insgesamt 178,4 Milliarden Euro investierten (plus 4,4 Prozent). Kleine und mittlere Unternehmen gaben 34,9 Milliarden Euro aus und verzeichneten mit 7,1 Prozent einen stärkeren Zuwachs als die Großunternehmen. Die Verbreitung von Künstlicher Intelligenz (KI) ist in den Dienstleistungen mit 28 Prozent weiter vorangeschritten als in der Industrie mit 19 Prozent. Die Branche, in der KI am häufigsten eingesetzt wird, ist „Information und Kommunikation“, zu der die Bereiche Software und IT-Dienstleistungen zählen. 58 Prozent der Unternehmen dieser Branche setzen KI in Produkten oder Geschäftsprozessen ein. Die KI-Nutzung ist außerdem in der Beraterbranche (Rechts-, Wirtschafts-, Unternehmensberatung, Werbung) mit 53 Prozent und bei den Finanzdienstleistungen mit 37 Prozent hoch.

6. ITK-Markt wächst weiter

Der Markt für IT und Telekommunikation (ITK) wächst 2026 voraussichtlich um 4,4 Prozent auf 245,1 Milliarden Euro – getragen vor allem von Software und digitalen Infrastrukturen. Im vergangenen Jahr legten die ITK-Umsätze um 3,9 Prozent auf rund 235 Milliarden Euro zu. Gleichzeitig steigt auch die Beschäftigung in der Branche auf bereits hohem Niveau leicht an: Die Zahl der Erwerbstätigen im ITK-Sektor soll 2026 um rund 11.000 auf 1,36 Millionen steigen. Ende 2025 lag die Zahl der Stellen bei 1,349 Millionen. Das [teilte](#) der Digitalverband Bitkom Ende vergangener Woche mit.

7. Allianz Risk Barometer 2026

Cyber Risiken bleiben auch 2026 die größte Sorge für Unternehmen weltweit. Das zeigt das Allianz Risk Barometer 2026, in dem Cybervorfälle – insbesondere Ransomware – zum fünften Mal in Folge auf Platz eins rangieren. Gleichzeitig rücken Risiken durch Künstliche Intelligenz (KI) stark in den Fokus: Sie springen von Platz zehn auf Platz zwei und werden von 32 Prozent der Befragten als hohes branchenübergreifendes Risiko eingestuft. In Deutschland führen Cyber-Attacken und Betriebsunterbrechungen weiterhin das Risikoranking an. Neu auf Platz drei liegen Änderungen in Gesetzgebung und Regulierung, während KI erstmals auf Rang vier vertreten ist. Trotz der wachsenden Bedeutung von KI sehen viele Unternehmen darin auch Chancen: Fast die Hälfte der Befragten erwartet mehr Vorteile als Risiken. Für Deutschland ergibt sich daraus folgende Top-Ten der Geschäftsrisiken 2026: (1) Cyber-Vorfälle, (2) Betriebsunterbrechung, (3) Änderungen in Gesetzgebung und Regulierung, (4) KI, (5) Naturkatastrophen, (6) Marktentwicklungen, (7) Klimawandel, (8) Feuer und Explosion, (9) Makroökonomische Entwicklungen, (10) Politische Risiken und Gewalt. Die Ergebnisse wurden Mitte Januar 2026 veröffentlicht und am 29. Januar 2026 im Rahmen des Allianz Impuls „Geoökonomie in einer Welt im Umbruch“ im Allianz Forum in Berlin vertieft [diskutiert](#).

8. Mindestloohnerhöhung: Arbeitsagenturen skeptischer als 2022

Zum ersten Januar dieses Jahres wurde der gesetzliche Mindestlohn von 12,82 auf 13,90 Euro erhöht. Laut einer am 27. Januar 2026 [veröffentlichten](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwarten 86 Prozent der Arbeitsagenturen keine negativen Beschäftigungseffekte. Allerdings verdreifachte sich der Anteil der Agenturen, die dies befürchten, auf elf Prozent. Besonders bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erwarten 16 Prozent negative Effekte. Die Einschätzungen fallen damit skeptischer aus als 2022, bleiben jedoch weniger kritisch als bei der Einführung des Mindestlohns 2015. Die Studie stützt sich auf die monatliche Befragung der 150 regionalen Arbeitsagenturen durch die Bundesagentur für Arbeit.

9. IAB: Flexible Ausbildungsformate

Flexible Ausbildungsformate wie verkürzte oder verlängerte Ausbildungszeiten, Teilzeitausbildung und zweijährige Ausbildungsberufe könnten helfen, die duale Ausbildung attraktiver und inklusiver zu machen und mehr jungen Menschen zu einem erfolgreichen Abschluss zu verhelfen. Dies geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am 26. Januar 2026 veröffentlicht wurde. Trotz der Potenziale der flexiblen Ausbildungsformate bleiben viele Ausbildungsplätze unbesetzt und ein signifikanter Teil der Jugendlichen findet keinen Zugang zur betrieblichen Ausbildung, unter anderem wegen Passungsproblemen und des demografischen Wandels. Teilzeitausbildungen werden zwar seit 2020 gesetzlich ermöglicht, sind aber mit weniger als einem Prozent aller Auszubildenden bislang kaum verbreitet, was auf organisatorische Herausforderungen in Betrieben und Berufsschulen zurückzuführen ist. Zusätzlich verfügbare Förderinstrumente wie Einstiegsqualifizierung und die „Assistierte Ausbildung Flexibel“ sollen Jugendliche mit Unterstützungsbedarf beim Zugang und während der Ausbildung begleiten, werden aber bislang ebenfalls selten genutzt. Insgesamt betonen die Studienautorinnen und -autoren, dass Betriebe und junge Menschen gleichermaßen Verantwortung tragen sollten, die vorhandenen Flexibilisierungs- und Unterstützungsangebote besser zu nutzen, um das Ausbildungssystem zukunftsfähig zu gestalten.

10. Junge Erwerbstätige, die unter oder über ihrem Qualifikationsniveau arbeiten

Wie das Statistische Bundesamt am 27. Januar 2026 [mitteilte](#), stimmt bei knapp 80 Prozent der jungen Beschäftigten ihr Bildungsabschluss mit ihrer Tätigkeit überein, während sieben Prozent unterqualifiziert sind. Zudem sind etwa 15 Prozent der jungen Erwerbstätigen unter 35 Jahren überqualifiziert. Unter den Jüngeren sind Frauen häufiger überqualifiziert (16 Prozent) als Männer (13 Prozent) und Männer sind öfter unterqualifiziert. Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte zeigen im Durchschnitt höhere Anteile an Über- sowie auch Unterqualifikation im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Einwanderungshintergrund. Zusätzlich arbeiten junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger fachfremd, also in einem Bereich, der nicht ihrer Qualifikation entspricht.

11. Personalausstattung von Kitas

Die Bertelsmann Stiftung [teilte](#) am 28. Januar 2026 mit, dass nur jede siebte Kita in Deutschland über 100 Prozent der wissenschaftlich empfohlenen Personalbesetzung verfügt. Rund ein Viertel der Kitas erreicht eine Personalausstattung von 80 bis 100 Prozent. 41 Prozent verzeichnen einen Wert zwischen 60 und 80 Prozent. Jede fünfte Kita kommt auf 60 Prozent oder weniger. Deutliche Unterschiede sieht man zwischen Ost- und Westdeutschland: Während im Westen elf Prozent eine Ausstattung von 60 Prozent oder weniger haben, sind es im Osten 65 Prozent. Die Bundesländer mit der höchsten Personalausstattung, die den wissenschaftlichen Empfehlungen entsprechen, sind Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind sie am niedrigsten.

12. Bevölkerung zum Jahresende 2025

Zum Jahresende 2025 lebten in Deutschland rund 83,5 Millionen Menschen, etwa 100.000 weniger als Ende 2024. Dies [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 29. Januar 2026 mit. Der Rückgang der Bevölkerung ist das Ergebnis eines höheren Anteils von Sterbefällen im Vergleich zu Geburten. Das Geburtendefizit von mehr als 300.000 Personen besteht nun schon im vierten Jahr hintereinander. Gleichzeitig fiel die Nettozuwanderung um mindestens 40 Prozent gegenüber 2024, sodass sie das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen konnte. Damit schrumpft die Bevölkerung Deutschlands erstmals seit Jahren wieder, was zuletzt in den 2000er-Jahren und 2020 vorkam.

13. Mehr Datenschutzbewusstsein bei Nutzerinnen und Nutzern in der EU

2025 ergriffen 76,9 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer des Internets in der Europäischen Union (EU) Maßnahmen zum Schutz ihrer persönlichen Daten. Das entspricht einem Anstieg von 3,7 Prozentpunkten gegenüber 2023. Am häufigsten lehnten die Nutzerinnen und Nutzer die Verwendung ihrer persönlichen Daten für Werbung ab (58,8 Prozent) oder schränkten den Zugriff auf ihren geografischen Standort ein (56,2 Prozent). Beide Maßnahmen nahmen in den vergangenen zwei Jahren deutlich zu. Auch die Einschränkung des Zugangs zu Profilen in sozialen Medien oder zu gemeinsam genutztem Online-Speicher wurde häufiger genutzt (46,0 Prozent, plus fünf Prozentpunkte). Zudem überprüften 39 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer, ob eine Website sicher war, bevor sie persönliche Daten angaben, und 37,6 Prozent lasen zuvor die Datenschutzerklärungen. Die höchsten Anteile von Nutzerinnen und Nutzern mit Datenschutzmaßnahmen wurden in Finnland (92,6 Prozent), den Niederlanden (91,2 Prozent) und Tschechien (90,3 Prozent) verzeichnet. Die niedrigsten Anteile entfielen auf Rumänien (56 Prozent), Slowenien (57,4 Prozent) und Bulgarien (62 Prozent). Der Wert für Deutschland beträgt 70,9 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 28. Januar 2026 mit.

14. Spenden- und Hilfsaufrufe wegen Energienotlage in der Ukraine

Seit dem 14. Januar 2026 gilt in der Ukraine der Energienotstand. Besonders betroffen ist die Hauptstadt Kiew, wo es zu erheblichen Ausfällen der Stromversorgung kommt. Vor dem Hintergrund dieser Situation und der derzeit sehr niedrigen Temperaturen veröffentlichte die Plattform „[Wiederaufbau Ukraine](#)“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Ende vergangener Woche eine Übersicht laufender Spendenaufrufe und weiterer Hilfsangebote auf [LinkedIn](#). Ziel ist es, bestehende Hilfsangebote einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und eine schnelle und direkte Unterstützung der betroffenen Regionen in der Ukraine zu ermöglichen.

15. BIG BANG KI Festival 2026 – relevant für die Freien Berufe

Die Freien Berufe sind beim BIG BANG KI Festival 2026 sichtbar vertreten. Mit einem eigenen Impuls bringt BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki die Perspektive der Freien Berufe auf die Bühne. Am 16. und 17. September 2026 treffen sich in der STATION Berlin über 11.000 Entscheiderinnen und Entscheider aus Mittelstand, Wirtschaft und Industrie. Über 350 Speakerinnen und Speaker zeigen auf fünf Bühnen, wie Künstliche Intelligenz konkret eingesetzt wird. Praxisnah, verständlich und branchenübergreifend. Das BIG BANG KI Festival gilt als Europas führendes KI-Event und ist ein zentraler Treffpunkt für alle, die den digitalen Wandel aktiv gestalten. Es bringt die Akteurinnen und Akteure zusammen, die den Mittelstand prägen. Von den Freien Berufen bis zur Industrie. Veranstaltet wird das Festival von der Medienmarke DUP UNTERNEHMER, die insgesamt 3,5 Millionen Menschen über Online-, Mobile-, Print- und Social-Kanäle erreicht. Für BFB-Mitgliedsorganisationen und deren Mitglieder steht ein [vergünstigtes Aktionsticket](#) zur Verfügung. 199 Euro mit dem Code KOOP-BFB-199.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 13. Februar 2026.

